



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

**Koordination. Kooperation. Keine Konfrontation:
Durch direkte Zusammenarbeit zwischen Bayern
und Österreich krisenhafte Flüchtlingssituation an
gemeinsamer Grenze entschärfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf höchster Ebene umgehend und direkt mit der österreichischen Bundesregierung sowie den betroffenen österreichischen Landesregierungen in Kontakt zu treten, um schnellstmöglich verbindliche Absprachen zur Bewältigung des Flüchtlingsandrangs an der bayerisch-österreichischen Grenze zu treffen und insbesondere eine bessere politische und technische Koordinierung, etwa durch die Einrichtung eines bayerisch-österreichischen Koordinierungsstabs, zu erreichen.

Auch eine stetige Rückkoppelung zur eigenen Bundesregierung, insbesondere zum unionsgeführten Bundesinnenministerium, ist sicherzustellen.

Dem Landtag ist über Erfolg und Misserfolg solcher von bayerischer Seite ausgehenden aktuellen Initiativen unverzüglich zu berichten und darüber hinaus detailliert darzulegen, welche konkreten bilateralen Gespräche oder anderweitigen Kontakte zur Bewältigung des Flüchtlingsandrangs und Entspannung der angespannten Situation für Helfer und Zufluchtsuchende es wann und mit welchem Ergebnis bisher gegeben hat.

Begründung:

Die krisenhafte Flüchtlingssituation an der bayerisch-österreichischen Grenze überfordert zusehends die Helfer vor Ort und geht auch zu Lasten der entkräfteten Zufluchtsuchenden. Sie erfordert deshalb dringend entschlossenes eigenes Regierungshandeln statt Schuldzuweisungen, Drohungen und innerparteiliche Ultimativen bis Allerheiligen an die Adresse der Bundeskanzlerin. Die Staatsregierung hat in der Vergangenheit beispielsweise bei ihrem Schulterchluss mit dem ungarischen Regierungschef Viktor Orbán bewiesen, dass sie bei zwischenstaatlichen Kontakten nicht auf die Bundeskanzlerin Rücksicht nimmt. Sie ist aus ihrer bayerischen Regierungsverantwortung heraus geradezu verpflichtet, selbst mit den österreichischen Regierungsstellen und Behörden unverzüglich Absprachen zu treffen und rasch Maßnahmen zu koordinieren, um eine weitere Zuspitzung vor Ort zu verhindern, menschliches Leid zu mindern und politischen Schaden abzuwenden.